1200 Jahre Oberstedten (817-2017)
Von der kleinen Siedlung am südöstlichen Fuß der Höhe zum begehrten Wohnort im Hochtaunuskreis

Teil 2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart

Von Andreas Mengel

Oberstedten im Dreißigjährigen Krieg

Der Dreißigjährige Krieg, dessen Ausbruch sich im kommenden Jahr zum vierhundertsten Mal jährt, von den Zeitgenossen der „Große Krieg“ genannt, ist für unsere Region der gravierendste Einschnitt in der Geschichte. Mitteleuropa verliert damals durch Kämpfe, marodierende Söldner, Epidemien, Hunger und Krankheiten wohl deutlich mehr als ein Drittel seiner Bevölkerung. Die Anfänge dieses langen Konfliktes liegen jedoch rund einhundert Jahre früher und haben ihre Ursachen in der wichtigsten ideologischen Auseinandersetzung jener Zeit – der Religion.

Mit Martin Luthers Kritik an den Praktiken der römischen Kirche und dem Thesenanschlag, den es so wahrscheinlich gar nicht gegeben hat, kommt eine Bewegung in Gang, die er weder voraus gesehen noch beabsichtigt hat. Zunächst bemängelt der Reformator vornehmlich die offensichtlichen Missbräuche im kirchlichen Alltag wie die damals übliche Vetternwirtschaft bei der Besetzung hoher geistlicher Ämter, die mangelhafte theologische Ausbildung vieler Pfarrer und ihren oftmals schlechten Lebenswandel mit dem vielfach unverhüllt gepflegten Konkubinat sowie dann vehement den Reliquienkult und die Käuflichkeit von göttlichen Gnadenmitteln (Ablasshandel). Im Laufe der sich verschärfenden Auseinandersetzung mit der römischen Kurie entwickelt Luther neue, mit der alten Lehre nicht mehr vereinbare theologische Positionen, die dann die Basis für den Protestantismus werden.

Deutschland bzw. das Heilige Römische Reich Deutscher Nation besteht zu dieser Zeit aus einer großen Anzahl von Einzelterritorien. An der Spitze steht der Kaiser, der allerdings nicht im Erbgang zum Herrscher wird, sondern sich den Kurfürsten zur Wahl stellen muss, [Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier, der König von Böhmen, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen und der Markgraf von Brandenburg], d. h. die Machtposition des römisch-deutschen Kaisers ist im Vergleich zu derjenigen der Könige von Frankreich, Spanien oder England erheblich eingeschränkt. Und die deutschen Landesherren – egal, ob protestantisch oder katholisch – widersetzen sich kategorisch jeder Machtverschiebung zu Gunsten der Reichsspitze. Diese Konstellation begünstigt in hohem Maße die Ausbreitung der Reformation, weil viele Fürsten den neuen Ideen gewogen sind und sie befördern, auch deshalb, weil sie die neue Bewegung zu ihrem machtpolitischen Vorteil auszunutzen verstehen. Luthers Landesherr, der sächsische Kurfürst Friedrich der Weise, ist dabei zwar der mächtigste, jedoch nur Einer von Vielen.

Natürlich fehlt es nicht an Versuchen, die von Luther entfachte Bewegung zu stoppen und umzukehren. Kaiser Karl V. und den anderen katholischen Mächten fehlen letztendlich trotz einiger militärischer Erfolge die Mittel zur Rekatholisierung Deutschlands. Auch und vor allem, weil das Hauptaugenmerk des Kaisers der Außenpolitik gilt – genannt seien hier die häufigen Kriege gegen Frankreich und die Türken.

Zur Befriedigung der Differenzen zwischen protestantischen und katholischen Reichsständen kommen die Fürsten im September 1555 zu einem Reichstag in Augsburg zusammen. Hier formulieren sie nicht mehr eine religiöse, sondern eine politische Kompromissformel, die für beide Seiten akzeptabel ist. Sie lautet: **Cuius regio, eius religio** („Wer das Land regiert, soll den Glauben bestimmen“ oder kürzer: „Herrschaft bestimmt das Bekenntnis“). Damit erhalten die Fürsten, Äbte, Ritter und Ratsherren die ausdrückliche Befugnis, nicht nur ihre Religion, sondern auch diejenige ihrer Untertanen zu bestimmen. Den Untertanen, die nicht die Konfession ihres Landesherrn annehmen wollen, wird lediglich das „Recht“ eingeräumt, in ein Territorium ihres Glaubens auszuwandern. Ungeklärt bleibt im sogenannten Augsburger Religionsfrieden, der einem Sieg der Territorialherren über die Reichsspitze gleichkommt, die Stellung der Calvinisten (Reformierten), da im Vertrag nur das Luthertum als gleichberechtigt mit dem Katholizismus Anerkennung findet.

Der Dreißigjährige Krieg entzündet sich letztendlich an einem regionalen Problem, an der böhmischen Frage. Protagonisten sind der 1617 in Prag zum böhmischen König gekrönte erzkatholische und strikt gegenreformatorisch gesinnte Erzherzog Ferdinand auf der einen und die Vertreter des zumeist protestantischen Adels auf der anderen Seite. Der Habsburger versucht, trotz bestehender und garantierter Glaubensfreiheit für die Länder der Böhmischen Krone, die Rekatholisierung dieser Territorien und stößt dabei auf den entschiedenen Widerstand der Stände.

Als Auslöser des Dreißigjährigen Krieges gilt gemeinhin der Prager Fenstersturz vom 23. Mai 1618. Angetrieben von der Befürchtung einer bevorstehenden Rekatholisierung der böhmischen Länder marschieren an diesem Tag knapp 200 Ständevertreter zur Prager Burg, dem Zentrum der habsburgischen Herrschaft in Böhmen. In der Ratskanzlei treffen sie auf zwei katholische Statthalter, die als Drahtzieher der Angriffe auf die Religionsfreiheit gelten. Erwartungsgemäß widersprechen die beiden kaisertreuen Männer den Vorwürfen, was die Protestierenden aber nicht weiter beeindruckt. Sie halten ein improvisiertes Gerichtsverfahren ab, an dessen Ende die beiden Männer gemeinsam mit dem Kammersekretär im Burggraben landen – möglicherweise auf einem Misthaufen. Jedenfalls überleben alle drei Männer den Sturz – bei einer Fallhöhe von knapp 18 Metern eine durchaus erstaunliche Tatsache. Wahrscheinlich ist, dass der Aufprall durch die bauschigen Mäntel der Opfer abgemildert wird.

Während des Dreißigjährigen Krieges kämpft der katholische Kaiser mit seinen katholischen Gefolgsleuten gegen evangelische und reformierte deutsche Fürsten. Beide Seiten gewinnen Verbündete sowohl in dem evangelischen Schweden wie auch in dem katholischen Frankreich. So kann es nicht ausbleiben, dass Soldaten aus aller Herren Länder in Deutschland als zentralem Schauplatz des Konfliktes aufeinandertreffen – deutsche, dänische, spanische, kroatische, schwedische und französische. Je länger der Krieg dauert, umso alltäglicher werden die Ausschreitungen der Soldaten. Diese plündern und zerstören Städte und Dörfer,

verwüsten ganze Landschaften und stürzen deren Bevölkerung ins Elend. Die beiden Zweige des hessischen Fürstenhauses – Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt – kämpfen während des ganzen langen Krieges auf verschiedenen Seiten gegeneinander, obwohl sie in Glaubensfragen durchaus einer Überzeugung sind. Darüber hinaus leisten sie sich mit Unterstützungen aus dem Ausland einen eigenen verlustreichen „Hessenkrieg“ (1645-1648) – eines Erbstreits wegen.

Oberstedtens Einwohner haben in kaum noch überschaubarem Wechsel Heimsuchungen durch Soldaten aus den verschiedensten Ländern hinnehmen müssen: spanische (1619, 1620, 1625, 1634), braunschweigische (1622), kaiserliche (1623, 1624, 1634, 1640, 1646), schwedische (1631, 1634, 1639, 1646, 1647), französische (1644, 1647). Lediglich die völlige Zerstörung ihres Dorfes bleibt den Bewohnern erspart, während in der Nachbarschaft Oberursel (1622 und ein zweites Mal 1645), Bommersheim, Weißkirchen, Stierstadt, Eschborn, Sulzbach, Kalbach und Kirdorf niedergebrannt werden.

Für die ungezählten Leiden, denen die Einwohner Oberstedtens durch die Kriegshandlungen ausgesetzt sind, seien hier die Vorgänge in der Landgrafschaft zwischen dem 10. und dem 22. Oktober 1640 – gegen Ende des 23. Kriegsjahres und zu Beginn des Winters – angeführt. Insgesamt 13 Geschädigte melden den Verlust von Ochsen, Kühen, Schweinen, Hühnern, Korn, Gerste, Weizen, Hafer, Heu, Wein (insbesondere Obstwein), Bier, Rindfleisch, Butter, Mehl und Kleidern. Acht von ihnen zeigen den Verlust von Bargeld an. Insgesamt sind vier Ochsen, sieben Kühe und über ein Dutzend Schweine verloren gegangen. Noch 1634 haben Oberstedter Bauern geklagt, dass ihnen bei Plünderungen Pferde gestohlen worden sind. Im Jahr 1640 gibt es offenbar schon lange keine Pferde mehr im Dorf. Über die Verarmung der Gemeinde schreibt August Korf in seiner Ortschronik, dass damals (1640) in Oberstedten schwerlich mehr als 45 Einwohner leben können – 1635 sind von 72 Einwohnern 37 der Pest erlegen. In einer amtlichen Erfassung werden im Jahr 1641 im Gemeindebereich 13 verfallene kleine Bauernhöfe registriert, die wegen der Schuldenlast, die auf ihnen liegt, schon seit sechs Jahren kein Mensch zu übernehmen gewillt ist.

Die Bilanz des drei Jahrzehnte währenden Krieges muss auch auf dem Territorium der kleinen Landgrafschaft Hessen-Homburg katastrophal und entmutigend ausgefallen sein. Man schätzt, dass im Gebiet des Deutschen Reiches bei Kriegsausbruch etwa 16 bis 17 Millionen Menschen gelebt haben und nach Abschluss des Westfälischen Friedens ein Rückgang auf 10 oder 11 Millionen zu verzeichnen ist. Während dieser dreißig Jahre – so haben Untersuchungen ergeben – sollen durch Gewalttaten, Hunger und Krankheiten (insbesondere die Pest) gut und gern 40 Prozent der Landbevölkerung ums Leben gekommen sein. Die Verwüstung der bäuerlichen Anwesen, die Verödung der Felder und der enorme Rückgang des Viehbestands haben dazu geführt, dass es lange dauern muss, bis die Bauern wieder Überschüsse auf den Markt bringen können.

Blick in das kirchliche Leben –

Der Kirchenneubau 1706-1715

Zu Beginn der 20er Jahre des 17. Jahrhunderts erfassen – wie wir gerade gehört haben – die Wirren des Dreißigjährigen Krieges unsere Gegend. In den ersten Junitagen 1622 suchen die Truppen des Herzogs Christian von Braunschweig (1599-1626) das Territorium der gerade gegründeten Landgrafschaft Hessen-Homburg heim. In dem kleinen Amtsdorf Oberstedten sind zwei Tage lang etwa 200 Söldner einquartiert, die nach ihrem Abzug eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Von den Zerstörungen und Plünderungen der verrohten, zügellosen Soldateska des Braunschweigers bleibt selbst die Dorfkirche nicht verschont – zu beklagen sind der Verlust des Kelches und mutwillig zertrümmerte Kirchenstühle. Überhaupt müssen Oberstedtens Einwohner in diesen bedrückenden Kriegsjahren einen kaum noch überschaubaren Wechsel von Heimsuchungen durch Soldaten aus den verschiedensten Ländern ertragen, wobei es für die ins Elend gestürzten Menschen letzten Endes völlig belanglos ist, welcher Kriegspartei die Heere angehören, die sich gerade in der Nähe aufhalten. Denn die von ihnen verursachten Belastungen und Beschwerungen, denen die Landbevölkerung mehr oder weniger hilflos ausgesetzt ist, sind stets dieselben: ungezügelter Vandalismus, Raub und Plünderungen, Misshandlungen und Demütigungen, Verschuldung und Verelendung, Krankheiten und Seuchen. Noch vor Ende des langen Krieges richten die Dorfbewohner in den Jahren 1643/44 ihre arg in Mitleidenschaft gezogene Kirche notdürftig wieder auf. Die Landesherrschaft unterstützt die Gemeinde hierbei dadurch, dass sie in den hessen-homburgischen und hessen-darmstädtischen Landesteilen eine für diesen Zweck bestimmte Kollekte bewilligt, die jedoch eher dürftig ausfällt.

Evangelische Kirche zu Oberstedten. Postalisch befördert 1909

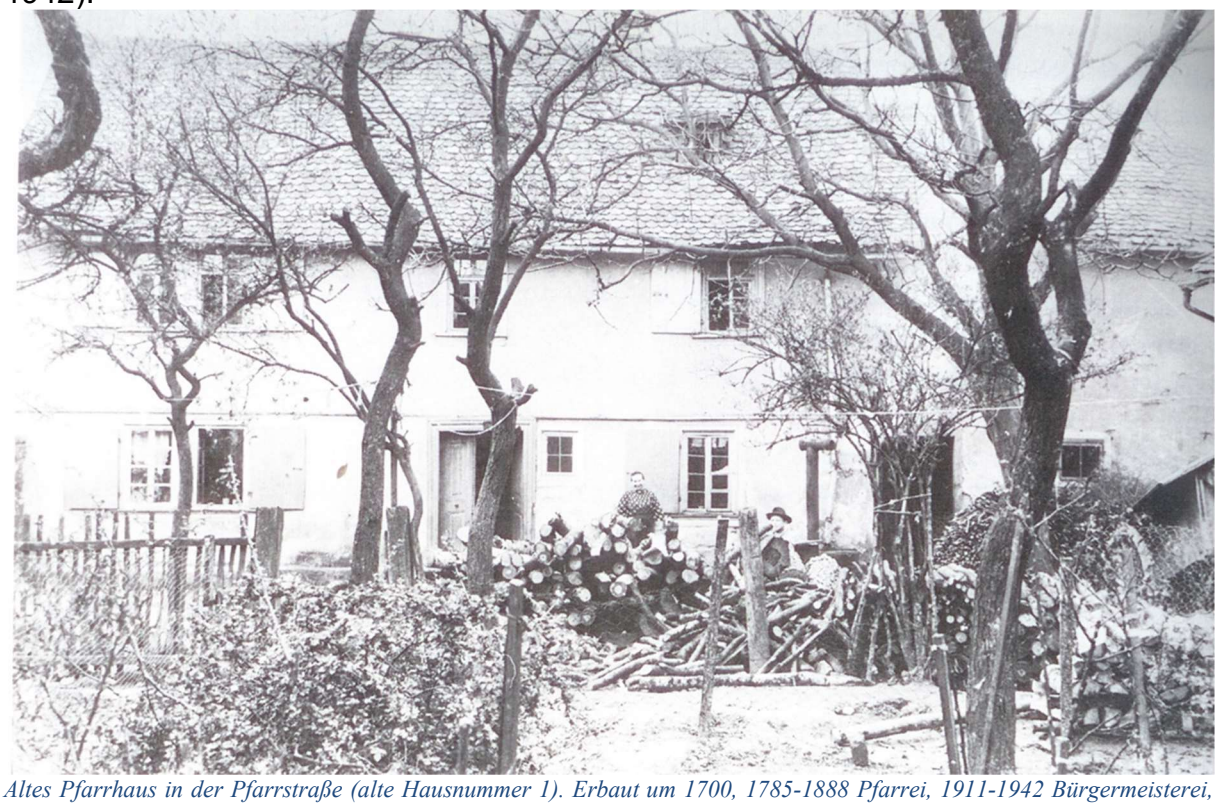
Evangelische Kirche zu Oberstedten. Postalisch befördert 1939

Trotz immer wieder vorgenommener Instandsetzungs- und Renovierungsmaßnahmen gleicht das Oberstedter Kirchengebäude um 1700 einer Ruine. In dieser Situation entschließt sich die Gemeinde zum Abbruch des baufälligen Gotteshauses, um auf den alten Fundamenten einen Neubau zu errichten. Zu Anfang des Jahres 1706 wendet man sich in dieser Angelegenheit an Landgraf Friedrich II. von Hessen-Homburg (1680-1708) und sucht um Zustimmung für das Vorhaben nach, die rasch gewährt wird. Aufgrund nicht vorhersehbarer Schwierigkeiten, aber auch infolge von „hausgemachten“ Problemen, zieht sich die Bauzeit unverhältnismäßig in die Länge, so dass die neue Kirche erst 1715 vollendet und eingeweiht werden kann. Zunächst hat es jedoch den Anschein, als könne das Projekt ohne größere Komplikationen seiner Verwirklichung entgegensehen. Die Maurerarbeiten, die von auswärtigen Baumeistern ausgeführt werden, schreiten zügig voran und sind bereits im September 1706 abgeschlossen. So weit, so gut. Ein Sachverständiger, den der Homburger Oberpfarrer Georg Peter Winter (1695-1742) aus Friedberg hat kommen lassen, weist den Handwerkern allerdings grobe Verstöße gegen die vertraglich geregelten Bauleistungen und zum Teil sogar betrügerische Machenschaften nach. Im Zuge seiner Untersuchungen stellt sich heraus, dass die Fundamente nicht tief genug in die Erde eingelassen worden sind und eine Überprüfung der Mauerstärke fördert zu Tage, dass deren Durchmesser eine entgegen den Vertragsbestimmungen geringere Stärke beträgt. Die auf diese Weise erzielten Material-Einsparungen an Steinen, Kalk und Mörtel hat der Kalbacher Meister dabei geflissentlich verschwiegen und „geschäftstüchtig“ in seine Endabrechnung miteinfließen lassen. Gegen eine von Landgraf Friedrich II. daraufhin persönlich angeordnete Lohnkürzung strengt der ertappte Baumeister eine erfolglose Klage an und muss letztendlich verschiedene Nachbesserungen vornehmen. Darüber hinaus leisten sich Teile der Einwohnerschaft der Gemeinde einen mit großer Heftigkeit ausgetragenen „Glockenstreit“, in dessen Verlauf die Ebene der sachlichen Diskussion zeitweilig ganz verlassen wird – die zeitgenössischen Berichte

sprechen von üblen gegenseitigen Beschimpfungen und sogar Handgreiflichkeiten. Hintergrund des Disputs: Während die eine Partei den ordnungsgemäßen Ausbau der Kirche vorangetrieben sehen möchte, verfolgt die andere trotz offenkundiger Geldmittelknappheit unbeirrt das Ziel, das in den zurückliegenden Kriegsjahren sehr in Mitleidenschaft gezogene Geläut der Kirche durch den zeitnahen Ankauf neuer Glocken zu ersetzen. Die „Glockenpartei“ trägt am Ende zwar den Sieg davon, wie der Kauf von drei Glocken im September 1708 zeigt (die kleinste von ihnen nimmt noch heute ihren Platz im Kirchturm ein), doch wird schnell klar, dass damit der finanzielle Rahmen vorerst ausgeschöpft bzw. überschritten ist und eine weitere Verzögerung des ohnehin verschuldeten Kirchenneubaus in Kauf genommen werden muss.

Die Pfarrhausbaufrage und das Kirchbauprojekt von 1908

Mit der Wiedererrichtung der selbständigen Pfarrei Oberstedten und der Ernennung eines eigenen Pfarrers im Jahr 1786 obliegt es der Gemeinde, ein taugliches Pfarrhaus bereitzustellen. Das alte hat man im Dreißigjährigen Krieg veräußert, um mit dem erlösten Verkaufspreis Kriegsschulden zu begleichen. In Anbetracht der angespannten Finanzlage wird ein Neubau nicht ernstlich in Erwägung gezogen, sondern die Gemeinde erwirbt ein unweit der Kirche stehendes Wohnhaus, welches in den folgenden hundert Jahren nacheinander neun Pfarrer und deren Familienmitglieder beherbergt. In dem um 1700 erbauten Gebäude ist in späterer Zeit dann für knapp vier Jahrzehnte die örtliche Bürgermeisterei untergebracht (1913-1942).



Altes Pfarrhaus in der Pfarrstraße (alte Hausnummer 1). Erbaut um 1700, 1785-1888 Pfarrei, 1911-1942 Bürgermeisterei, 1974 abgebrochen. Foto um 1907

Nach dem Abbruch des Hauses Ende 1974 errichtet die Freiwillige Feuerwehr im darauffolgenden Jahr auf dem Areal einen Erweiterungsbau für das auf dem Nachbargrundstück stehende Gerätehaus, das die Wehr im Jahr 2007 – im 100. Jahr ihres Bestehens – aufgrund der sehr beengten und nicht weiter ausbaufähigen

Räumlichkeiten endgültig zugunsten des lang ersehnten neuen Standorts an der Niederstedter Straße aufgegeben hat.

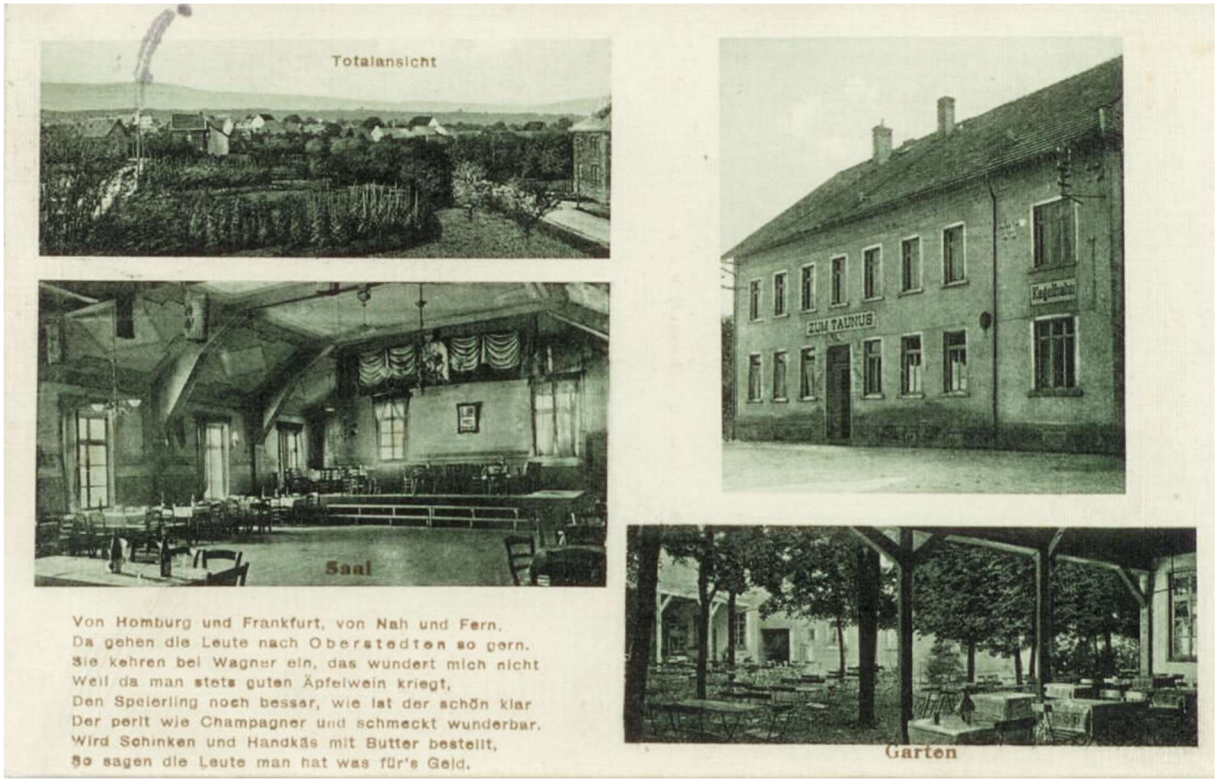
Seit Beginn der 1880er Jahre sehen sich die kirchlichen und zivilen Gemeindeorgane (Kirchenvorstand und Gemeindevertretung) mit der sogenannten „Pfarrhausbaufrage“ konfrontiert. Das beinahe 200 Jahre alte Domizil der Oberstedter Pfarrer präsentiert sich damals in einem baulich heruntergekommenen Zustand, hinsichtlich seiner Erhaltung besteht akuter Handlungsbedarf. Da sich die verantwortlichen Entscheidungsträger aber nicht darauf verständigen können, ob das sanierungsbedürftige Gebäude von Grund auf zu renovieren, abzubrechen und auf demselben Grundstück wieder aufzubauen oder an anderer Stelle ein Neubau zu errichten sei, beendet der seinerzeitige Pfarrer Franz Schlag die festgefahrenen Verhandlungen abrupt, indem er zu Anfang des Jahres 1888 kurzerhand ein eigenes Haus erwirbt, in welchem der kinderlose Seelsorger gemeinsam mit seiner Ehefrau bis zum Ende seiner langen Amtszeit (1907) wohnen wird. Den Gemeindevätern scheint die Entscheidung des resoluten Geistlichen durchaus in die Karten gespielt zu haben, jedenfalls stellt die Gemeindevertretung ihre ohnehin nur zaghaften Bemühungen, den Bau eines neuen Pfarrhauses zu forcieren, danach völlig ein und macht lange Jahre keine Anstalten, an diesem für die Gemeindekasse ungemein kostengünstigen Status quo etwas zu verändern.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1907 rückt die noch immer offene „Pfarrhausbaufrage“ nach der Pensionierung und dem Wegzug Pfarrer Schlags und der Amtsübernahme durch den jungen Pfarrvikar Friedrich Richard Rohr über Nacht wieder massiv in die erste Reihe der zu lösenden Gemeindeaufgaben vor. Den Mitgliedern der Gemeindevertretung und vermutlich auch den meisten Angehörigen des Kirchenvorstandes dürfte es aber zunächst einmal die Sprache verschlagen haben angesichts der plötzlich im Raum stehenden kirchenbaulichen Gedankenspiele und Visionen Rohrs. Denn dem angehenden Pfarrer schweben in dieser leidigen Angelegenheit ganz augenscheinlich viel weiterreichende Ziele vor als die bloße Beschaffung einer geeigneten Pfarrwohnung bzw. die Errichtung eines neuen Pfarrhauses. Kaum ein Jahr im Amt, verfasst Rohr im Oktober 1908 einen ebenso ausführlichen wie eindringlichen „Bericht über die kirchliche Lage der Gemeinde Oberstedten bei Bad Homburg vor der Höhe“, in welchem er ein düsteres Bild von den sozialen Verhältnissen sowie den kirchlich-religiösen Zuständen einer der „ältesten Gemeinden der ehemaligen Landgrafschaft Hessen-Homburg“ zeichnet. Darin heißt es unter anderem:

„Die Gemeinde besteht fast ausschließlich aus Taglöhnern, die im Sommer durch Grundarbeiten, im Winter durch Holzfällen im Taunus mühsam ihr Brot verdienen, oder aus Fabrikarbeitern, die meist in Oberursel, Homburg und Frankfurt beschäftigt sind. Größere industrielle Anlagen fehlen uns völlig; einen Bauernstand kann die kleine Gemarkung auch nicht ernähren. Dass dabei die Steuerkraft der Gemeinde nicht groß sein kann, ist begreiflich. [...] Unsere Schule erfordert gegenwärtig einen Zuschuss von der Gemeinde im Betrage von jährlich 6.292,82 M. Königliche Regierung hat nach örtlicher Besichtigung den Bau von mindestens drei Lehrerwohnungen verfügt. Der von der Bürgermeisterei bisher benutzte Schulsaal wird bald für Unterrichtszwecke gebraucht werden, und es wird dann der fünfte Lehrer nicht ausbleiben, da wir jetzt schon fünf Klassen in vier Räumen mit vier Lehrern haben. Für die Bürgermeisterei muss alsdann ein neuer Raum beschafft werden. Ferner sind eine Reihe Wegebauten, die bisher wegen Geldmangel

zurückgestellt wurden, dringend erforderlich; auch müssen mehrere Teile des Dorfes kanalisiert werden. Das bei derartigen Anforderungen für die kirchlichen Bedürfnisse durchaus nicht gesorgt werden kann, ist ersichtlich, aber umso bedenklicher, als Oberstedten in der Nähe von Homburg, vor allem der Großstadt Frankfurt, den Gefahren solcher Städte für das sittliche Wohl der Bevölkerung ausgesetzt ist, während ihm die Hilfsmittel für kirchliche und soziale Arbeit an den Gemeindegliedern völlig fehlen."

„Wir stehen in kirchlicher und sozialer Beziehung vor dem reinen Nichts." Mit diesem niederschmetternden Fazit unterstreicht der 28jährige Pfarrvikar die in seinen Augen große kirchliche Notlage der Gemeinde Oberstedten. Abgesehen von dem Fehlen eines funktionsfähigen Pfarrhauses moniert er die räumliche Enge und den in Teilen baufälligen Zustand des fast 200 Jahre alten Kirchengebäudes, fordert zur Verbesserung der „Armen- und Krankenpflege" die Schaffung einer Diakonissenstelle und mahnt schließlich dringend den Bau einer Kleinkinderschule an, damit die „Beaufsichtigung und Erziehung der noch nicht schulpflichtigen Kinder", deren Eltern „auf das Verdienen angewiesen" seien, „gewährleistet" werden könne. Und der von seiner Idee beseelte Geistliche belässt es nicht bei wohlklingenden Worten, sondern ergreift unverzüglich selbst die Initiative, indem er am 1. Dezember 1907 als ersten Schritt zur Verwirklichung der umfangreichen Baupläne einen Kirchbauverein gründet, der innerhalb kürzester Zeit 230 beitragspflichtige Mitglieder zählt. Zur ersten Generalversammlung des neuen Vereins erscheinen am 22. März 1908 im Saale des Gasthauses „Zum Taunus" etwa 400 Besucher, um sich über das geplante Kirchenbauprojekt aus erster Hand zu informieren.



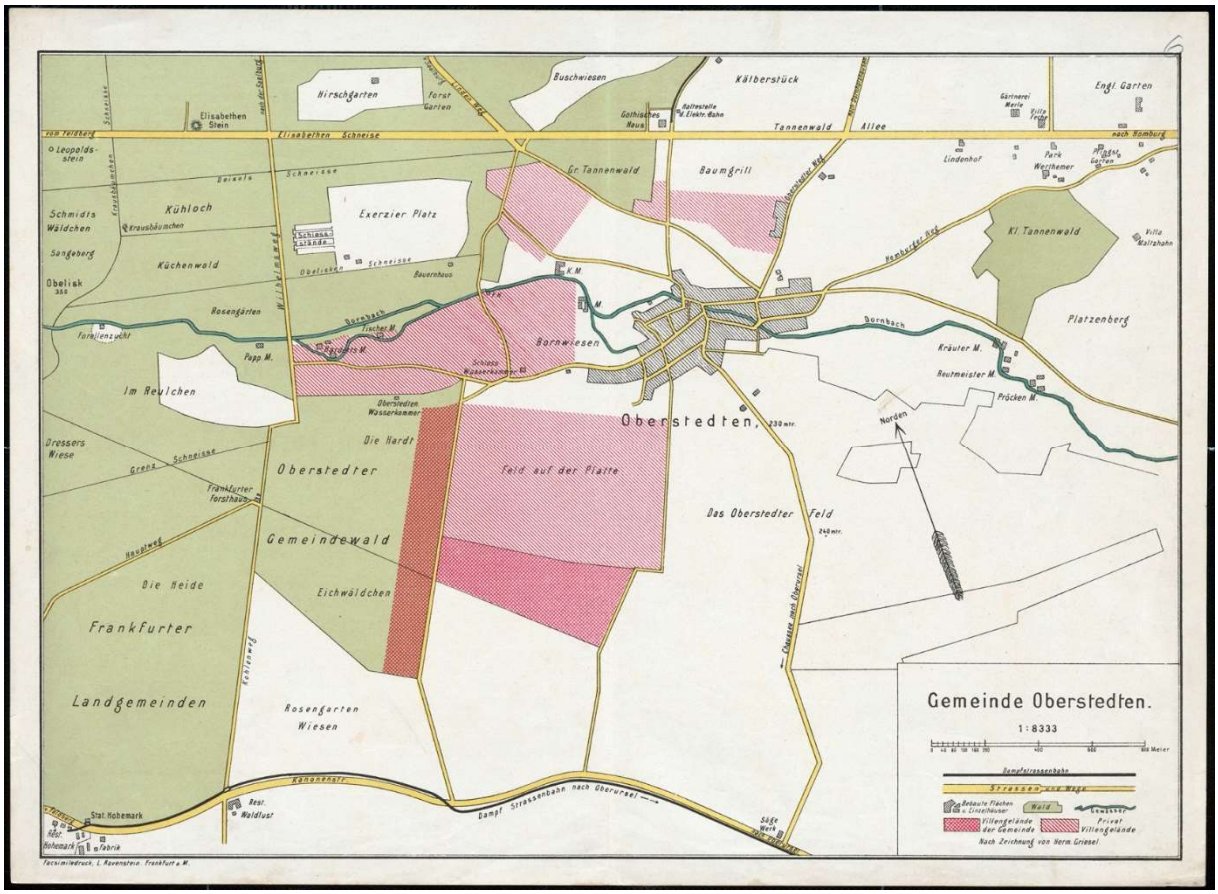
Gasthaus „Zum Taunus". Mehrbildkarte von 1914

In regelmäßigen Abständen werden sogenannte Familienabende veranstaltet, über deren Abläufe und Inhalte die Lokalpresse jedes Mal eingehend berichtet. Wie ein solcher Abend gestaltet worden ist, mögen die folgenden Auszüge aus einem Artikel des Homburger Taunusboten verdeutlichen:

„Der hiesige Kirchbauverein hielt am 13. des Monats [13. Dezember 1908] einen Familienabend im Saale ‚Zum Homburger Hof' (J. Mengel) ab.

Ansichtskarte „Homburger Hof" von 1927

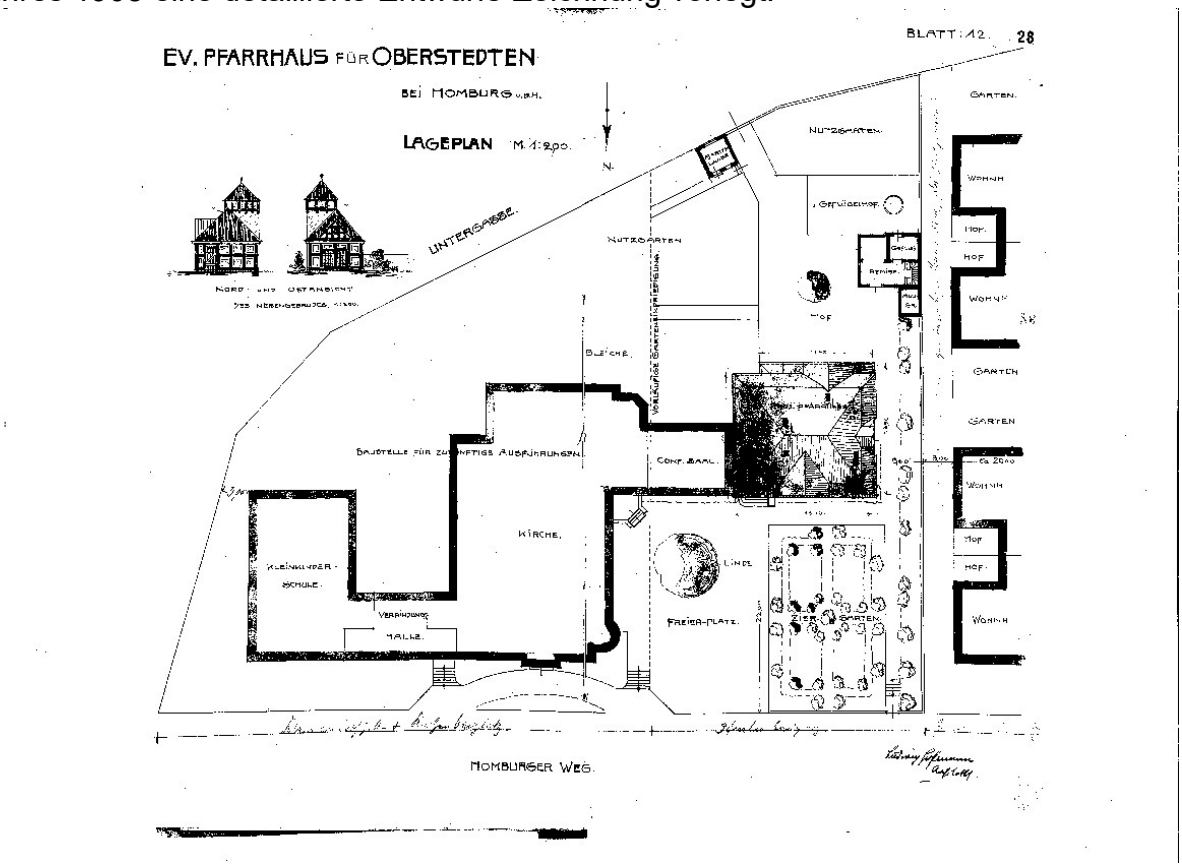
Derselbe war von nahezu 600 Personen besucht. […]. Pfarrvikar Rohr gab ein anschauliches Bild des ersten Vereinsjahres. Viel Mühe wurde darauf verwandt, die kirchliche Notlage der Gemeinde zu steuern. Emsig haben die Kinder jede Woche gesammelt [gemeint ist damit das wöchentliche Kassieren des Mitgliedsbeitrages durch die Schulkinder], so dass aus einzelnen Pfennigen 800 M zusammengetragen wurden. Daneben wurden noch die Mittel für eine Heizung und Beleuchtung unserer alten Kirche aufgebracht, da sie uns ja noch eine Reihe von Jahren wird dienen müssen. […]. Den zweiten Teil des Abends […] bildete ein Lichtbildervortrag über die Hauptstädte Europas, veranstaltet von den Herren Lehrern Schirg und Fey, der die Anwesenden mit den herrlichsten Städtebildern bekannt machte, um zu enden mit einem Blick in unsere Heimatgemeinde. Dieser Blick ließ uns nach all dem Schönen, das wir geschaut, an unserem alten Pfarrhaus, unserer gar zu bescheidenen Kirche unsere Bedürftigkeit so recht zum Bewusstsein kommen, um uns aber in dem letzten Bilde, das die geplanten Neubauten von Pfarrhaus, Kirche, Konfirmandensaal, Kleinkinderschule mit Schwesternwohnung in bester Beleuchtung zeigte, zu neuer Arbeit zu begeistern […].



Ortsplan der Gemeinde Oberstedten 1907

Schaubild des Kirchenbauprojekts von 1908

Mit der Planung und Ausführung des ganzen Komplexes beauftragt man den aus Herborn stammenden, renommierten Architekten und Kirchenbaumeister des Konsistorialbezirks Wiesbaden, Ludwig Hofmann (1862-1933), der im Laufe des Jahres 1908 eine detaillierte Entwurfs-Zeichnung vorlegt.



Entwurfszeichnung der geplanten Kirchenbauten 1908

Vor einigen Jahren hat der Urenkel des verdienstvollen Architekten, Friedhelm Gerecke, eine umfassende Darstellung vorgelegt, die die Leistung und Schaffenskraft dieses Mannes auflistet und würdigt. Während seiner dreißigjährigen Tätigkeit als Kirchenbaumeister des Konsistorialbezirks Wiesbaden (1903-1933) berät und betreut er nicht weniger als 375 Kirchengemeinden bautechnisch, planerisch und denkmalpflegerisch. Die vornehmliche Aufgabe des Kirchenbaumeisters besteht darin, regelmäßige Revisionen der kirchlichen Gebäude vorzunehmen sowie die jeweiligen Kirchenvorstände fachlich zu beraten bezüglich Um- und Neubaumaßnahmen, Renovierungen und Brandversicherungen. In der vom Konsistorium erlassenen Dienstanweisung vom 9. März 1904 wird über die Tätigkeit des Kirchenbaumeisters folgendes bestimmt: „Dem fünfjährigen Turnus entsprechend müssen 75 Revisionen im Jahr, mithin 18 bis 19 Revisionen im Quartal zur Erledigung kommen. Zu jeder Revision gehört die gründliche Untersuchung sämtlicher Gebäude, die Feststellung ihres Bauzustandes, die Kundgabe der vorgefundenen Mängel und die Erörterung über die zur Behebung dieser Mängel einzuschlagenden Wege."

Da aber die Zuschüsse von Seiten des Königlichen Dekanats zu Homburg v. d. Höhe, des Königlichen Konsistoriums zu Wiesbaden und auch von staatlicher Seite ganz erheblich unter dem erhofften Kalkulationsrahmen bleiben, muss in Oberstedten schon bald von der Verwirklichung des Projekts im angestrebten Umfang Abstand genommen werden und man konzentriert sich fortan allein auf die

Lösung der „Pfarrhausbaufrage“. Nach erneut langwierigen Bauverhandlungen wird endlich Mitte Mai 1912 auf einem Grundstück an der damaligen Homburger Straße (seit 1972 Weinbergstraße), das die Zivilgemeinde im August 1907 für diesen Zweck gekauft hat, mit dem Bau des Pfarrhauses begonnen. Mit der offiziellen Übergabe des Gebäudes an die Pfarrei Oberstedten am 14. August 1913 verfügt die hiesige evangelisch-lutherische Kirchengemeinde nach mehr als einem Vierteljahrhundert wieder über ein eigenes Pfarrhaus.

Gartenansicht des Pfarrhauses. Foto von 1960

Auszüge aus dem schulischen Leben

Soweit sich feststellen lässt, reicht die Geschichte der Oberstedter Schulhäuser bis ins Ende des 17. Jahrhunderts zurück. Zu Anfang der 1690er Jahre errichtet man hier auf dem Grundstück Pfarrstraße 2 (Ecke Hauptstraße) gegenüber dem alten Pfarrhaus das erste bekannte Schulhaus der Gemeinde.

Erstes bekanntes Schulhaus von Oberstedten. Erbaut Anfang der 1690er Jahre.

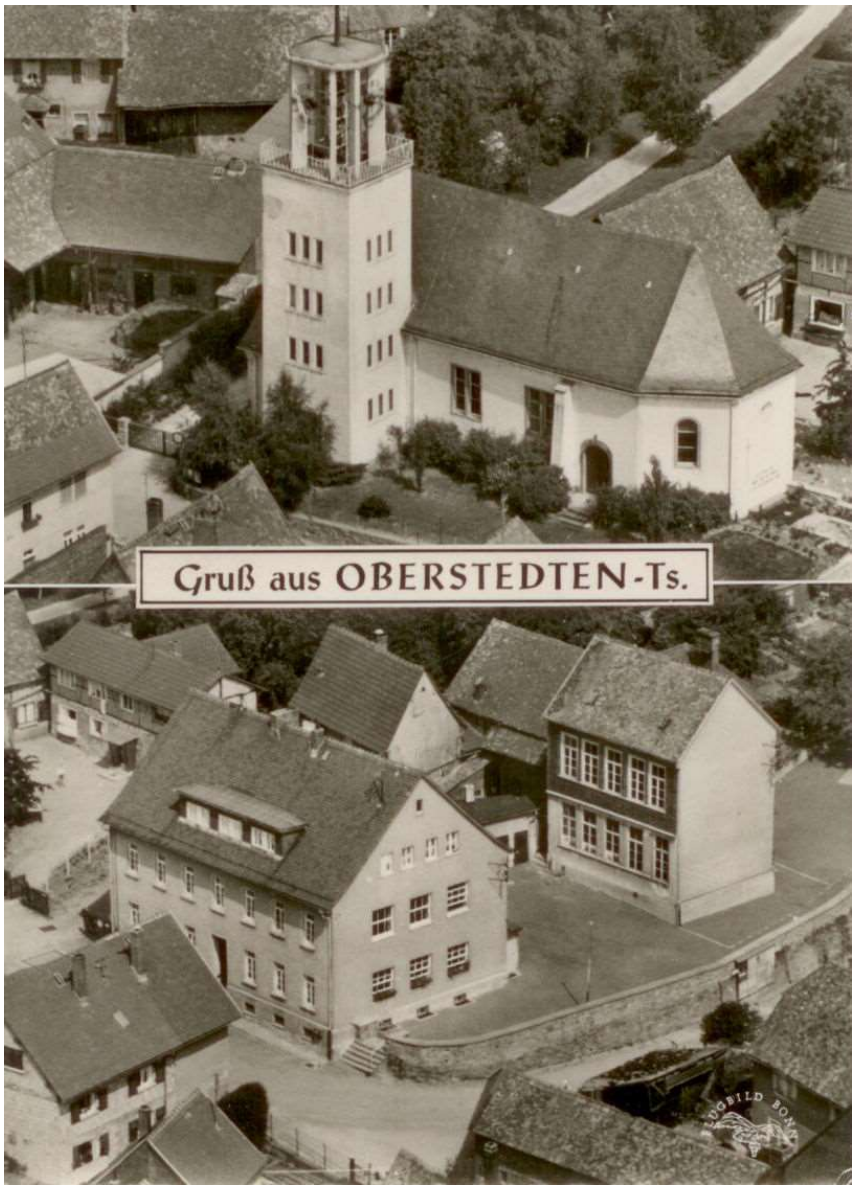
In den folgenden Jahren und Jahrzehnten werden an dem Gebäude mehrfach „gründliche“ Instandsetzungs- und Renovierungsarbeiten vorgenommen (unter anderem 1729 und 1801). Im Jahr 1827 beziehen die Schüler und ihr Lehrer einen in der nahe gelegenen damaligen Kirchstraße 2 (seit 1972 führt die nun anderweitig genutzte Immobilie die geänderte Hausnummer 34) fertiggestellten Neubau, in welchem dann bis zur Mitte der 1960er Jahre schulisches Wissen vermittelt wird.

Kurz nach der vorletzten Jahrhundertwende (1901) hat man darüber hinaus noch das im hinteren Bereich des Grundstückes befindliche Scheunengebäude umgebaut und auf diese Weise zusätzlichen Unterrichtsraum gewonnen. Interessant in diesem Zusammenhang ist der Umstand, dass das gesamte Schulareal damals auf einem erhaltenen Lageplan als „Schulgehöft“ apostrophiert wird. Diese für den heutigen Leser durchaus seltsam anmutende Bezeichnung für ein Schulgelände rührt daher, dass in früheren Zeiten die teilweise oder sogar überwiegende Selbstversorgung der Menschen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen – insbesondere in ländlichen Regionen – absolut üblich und selbstverständlich ist.

Ansicht der alten Schule. Foto 1950.

Auch die lange schlecht bezahlten Volksschullehrer bilden hier keine Ausnahme und nutzen die ihnen zur Verfügung gestellten Anbauflächen, die nicht selten direkt beim Schulgebäude liegen, für ihren bäuerlichen Nebenerwerb. Wie aus alten Schulakten hervorgeht, legt sich einer der Oberstedter Pädagogen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine dritte Kuh zu und verlangt von der Gemeinde die Übernahme der Kosten für die notwendige Verlängerung der Futterkrippe und das Graben eines „Pfuhl-Reservoirs“ (Jauchegrube), was vom Gemeinderat aber abschlägig beschieden wird. Mehr noch, die Gemeindeoberen kritisieren, dass der Weg vom Unterrichtsgebäude zu den Toiletten durch die Schweinezucht des Lehrers und den Pfuhl aus den Ställen schlimm zugerichtet sei und den Schulkindern kaum noch zugemutet werden könne, diesen zu benutzen. Glaubt man den überlieferten Berichten – und es gibt keinen vernünftigen Grund, ihren Wahrheitsgehalt anzuzweifeln – so ist es noch vor etwa 150 Jahren auf dem Oberstedter Schulgelände zugegangen wie auf einem richtigen Bauernhof.

In den Jahren 1948 bis 1950 werden dann an dem vorderen Schulgebäude umfangreiche Umbau- und Sanierungsarbeiten durchgeführt. Der nur notdürftig reparierte Dachstock, der wenige Monate vor Ende des Zweiten Weltkriegs Anfang Februar 1945 bei einem Luftangriff von Brandbomben getroffen worden und vollständig ausgebrannt ist, wird fachmännisch wiederhergestellt und das Dach erhält eine neue Eindeckung. Im Rahmen dieser Baumaßnahmen nimmt man auch die Gelegenheit wahr, die bis dato nur wenig genutzten Kellerräume auszubauen, um darin anschließend ein öffentliches Volksbad und eine Schulküche für die Kinderspeisungen unterzubringen.
Die Verantwortlichen der Gemeinde Oberstedten sind nach Beendigung der Arbeiten der felsenfesten Ansicht, die Kommune für einen längeren Zeitraum von allen Schulbausorgen befreit zu haben, werden aber noch nicht einmal zwanzig Jahre später von den Ereignissen – sprich: dem vermehrten Zuzug von auswärtigen



Mehrbildkarte mit neuer Kirche und Schule. Postalisch gelaufen 1963.

Bürgern und dem damit einhergehenden spürbaren Anstieg der Schülerzahlen – eingeholt. Die in der politischen Verantwortung stehenden Gemeindeväter müssen sich also bereits Anfang der 1960er Jahre mit der komplexen Frage auseinandersetzen, ob auf dem bisherigen Schulgelände an der Kirchstraße eventuell vorhandene Erweiterungskapazitäten der niedrigeren Kosten wegen vorrangig ins Auge zu fassen seien oder die Errichtung eines vollständigen Neubaus der Volksschule an einem noch ausfindig zu machenden Standort mittel- und langfristig – trotz des damit verbundenen finanziellen Kraftaktes – die sinnvollere Variante sei. Denn die, gemessen an ihrer Größe und Verwaltungskraft, kleine Gemeinde hat in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre verschiedene kostenintensive Bauvorhaben auf den Weg gebracht, von denen zum Zeitpunkt des Aufkommens der „Schulbau-Frage“ nur wenige zu Ende geführt sind. Die Mehrzahl dieser notwendigen Investitionen – wie etwa die Erschließungsarbeiten im Neubaugebiet „Eichwäldchen“, der Ausbau der Ortsstraßen und nicht zuletzt die Maßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung – befinden sich noch in vollem Gange.

Mit kräftigen Finanzspritzen des damaligen Landkreises Obertaunus und des Landes Hessen kann das über zwei Millionen DM teure Projekt dann aber doch viel schneller

als erwartet angegangen und vollendet werden. In der Straße „Landwehr“ entsteht zwischen 1963 und 1966 auf einem weitläufigen, viel Platz bietenden Areal die aus mehreren Baugruppen bestehende neue Grundschule Oberstedten, „die“ – so die Wortwahl des damaligen Landrats anlässlich der Einweihungsfeierlichkeiten am 1. Oktober 1966 – „mit zu den modernsten Schulen gehört, die bis dahin im Obertaunuskreis gebaut worden sind“.

Luftaufnahme 1965

Kaum vier Jahrzehnte später hat auch diese so gepriesene Schule ausgedient und wird im Herbst 2003 aufgrund der als nicht sanierungsfähig eingestuften Bausubstanz zugunsten eines auf demselben Grundstück zu errichtenden Neubaus abgerissen. Während der Bauphase sind die Grundschüler in den ehemaligen Pavillons der Frankfurt International School in der Oberurseler Marxstraße untergebracht. Zum Transport der Kinder wird eigens ein Schulbusverkehr organisiert. Nach gut siebenmonatiger Bauzeit wird die neue Schule mit angegliedertem Betreuungszentrum, die nun „Dornbachschule“ heißt, im Januar 2005 ihrer Bestimmung übergeben.

Begegnen uns an der Oberstedter Volksschule im Jahr 1832 lediglich zwei Lehrer, die zwei Klassen unterrichten (wobei wir leider noch nichts über die Anzahl der Schüler erfahren), so sind wir ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts doch recht gut über die Entwicklung der Schülerzahlen und die personelle Situation informiert. Im Jahr 1911 besteht das Lehrerkollegium aus fünf Pädagogen, die über 300 Schülern Unterricht erteilen, 1966 – nach dem Umzug in die neu errichteten Gebäude an der „Landwehr“ – vermitteln acht Lehrkräfte den Jungen und Mädchen die für den weiteren Lebensweg unabdingbaren Lese-, Schreib- und Mathematik-Kenntnisse. Aktuell sind an der neuen „Dornbachschule“ 20 Lehrkräfte (inklusive der

Referendare) tätig. Sie betreuen und unterrichten 270 Schülerinnen und Schüler, die sich auf 12 Klassen (von der Eingangsstufe bis zur vierten Klasse) verteilen.

Die Entwicklung des Dorfes Oberstedten im 20. Jahrhundert

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts ist – wie überall in Deutschland – geprägt von den Auswirkungen der beiden großen Kriege, die auch in dem Dorf Oberstedten tiefgreifende Spuren und Wunden hinterlassen. Im Ersten Weltkrieg (1914-1918) werden 350 Männer zu den Waffen gerufen, 31 von ihnen kehren aus dem Feld nicht zurück. Auch der Zweite Weltkrieg (1939-1945), der in weiten Teilen des Erdballs unvorstellbare Zerstörungen zurücklässt, bleibt besonders den Oberstedter Familien in schmerzlicher Erinnerung, die Angehörige, nahe Verwandte oder Freunde verlieren – und es sind nicht gerade wenige. Von den 385 zur Wehrmacht eingezogenen Männern finden viele den Tod auf den Schlachtfeldern – die überlieferten Zahlenangaben sind hier nicht eindeutig, man liest von 60 Gefallenen, an anderer Stelle ist von 54 getöteten und 34 vermissten Soldaten die Rede.

Die ersten Jahre nach dem Krieg sind noch geprägt von mancherlei Entbehrungen, insbesondere die schlechte Ernährungssituation macht den Menschen schwer zu schaffen. Doch allmählich verbessern sich die Lebensbedingungen und nach der Einführung der Währungsreform (1948), der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (1949) und dem langsam einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung zu Beginn der 1950er Jahre bieten sich plötzlich nicht für möglich gehaltene Perspektiven, man beginnt wieder damit, klar umrissene Ziele zu verfolgen.

Ein wichtiger Markstein in der Nachkriegsgeschichte der Gemeinde Oberstedten ist der 1957 gefasste Entschluss der Gemeindevertretung, eine 21 Hektar große Fläche – das sogenannte Eichwäldchen – als Baugebiet auszuweisen. Im Zuge der bald einsetzenden Bebauung dieses Areals kommt es aus den verschiedensten Gründen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, zu scharfen Kontroversen zwischen den Bauherren und der Gemeinde, die in der Gründung einer „Interessengemeinschaft Eichwäldchen“ ihren Höhepunkt erreichen. In den bis dahin eher unspektakulär verlaufenen Oberstedter Gemeindevertretersitzungen kommt es nun immer häufiger zu turbulenten Auseinandersetzungen und gelegentlich auch zu unsachlichen Redebeiträgen. Mit der Zeit glätten sich aber die Wogen und es dauert nicht lange, bis einige der Neubürger den Weg ins Gemeindeparlament finden, d. h. es werden nun auch Personen in der Gemeindevertretung aktiv, die keinen gewachsenen Bezug zu Oberstedten haben – die Zeiten, in denen fast ausschließlich alteingesessene Bürger über die Geschicke der Gemeinde entschieden haben, gehören damit endgültig der Vergangenheit an.

Was tut sich sonst noch in dem aufstrebenden Taunusdorf? Im Jahr 1958 wird eine Kläranlage in Betrieb genommen und die Bohrungen zur Gewinnung des lebensnotwendigen Trinkwassers erbringen nach anfänglichen Fehlschlägen gute Ergebnisse. Zahlreiche Neubauten werden in Angriff genommen und nacheinander verwirklicht – genannt seien hier die Grundschule (1966), die Mehrzweckhalle, der man den Namen „Taunushalle“ gibt (1967), die Altenwohnanlage (1969) und der schon erwähnte Kindergarten (1971).

Mehrbildpostkarte mit 7 Motiven von 1975

Rückansicht der Altenwohnanlage. Foto 1968.

Seit den frühen 1970er Jahren werden in dem Dorf bzw. Stadtteil zahlreiche neue Wohngebiete geplant und ausgewiesen, um dann über oft lange Zeiträume hinweg schrittweise verwirklicht zu werden – so zum Beispiel im Gebiet Usinger Straße / Hasengarten und im Bereich des Grünwiesenweges und der Straße „In den Steckengärten“ zwischen der Mittelstedter Straße und dem Häuserweg. Das bis dato letzte Neubaugebiet „Am Mergelgarten“ zwischen den Straßen „Am Alten Bach“ und „Im Gartenfeld“ ist mittlerweile weitgehend abgeschlossen.

Luftaufnahme 1975

Im Gewerbegebiet entlang der Industriestraße und der Hans-Mess-Straße haben sich in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Firmen und Unternehmen aus verschiedenen Branchen angesiedelt, unter anderem hat ein amerikanisches Fastfood-Unternehmen hier Ende 2002 eine Filiale – die erste ihrer Art im Hochtaunuskreis – eröffnet. Aber auch etliche einheimische Handwerksbetriebe, deren Zahl leider sehr zurückgegangen ist, verlagern ihre Produktions-, Lager- und Verwaltungsstätten zunehmend an den Rand des Stadtteils, um im harten Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben zu können.

Im vergangenen Jahr hat sich das Ortsbild entlang der Niederstedter Straße zwischen dem Kreisel und dem Kreuzungsbereich Hauptstraße/Friedrichstraße weiter gewandelt. Nach dem 2007 fertiggestellten neuen Feuerwehrgerätehaus hat der Rewe-Markt seinen großzügigen Neubau bezogen und der Turnverein hat endlich die lang ersehnte „Halle der Zukunft“ einweihen können.

Luftaufnahme von Süden 2007

Das Forellengut

Das etwa zwei Kilometer westlich von Oberstedten am oberen Ende der Obeliskenschneise unterhalb des Sangebergs gelegene Forellengut – auch unter dem Namen „Fischzucht“ bekannt – wird im Juni des Jahres 1894 von dem Homburger Teichwirt Friedrich Behle (1866-1929) auf einem damals fast wertlosen Gelände gegründet.

Die Anlage umfasst – so ist es frühen Berichten zu entnehmen – ursprünglich 80 Fischteiche. Heute sind es nach Umstrukturierung und Zusammenlegungen rund 30 Teiche. Behle hatte erkannt, dass das Quellgebiet des „Kalten Wassers“ und das natürliche Gefälle der „Oberen Sangewiesen“ für einen Fischzuchtbetrieb wie geschaffen ist. Und der Erfolg gibt ihm Recht: Schon um 1900 steigt die „Fischzucht“ zum zweitgrößten Forellen-Zuchtbetrieb in Hessen auf.

Im Juni 1898 kommt der damals 16-jährige Heinrich Herzberger, der Großvater des heutigen Besitzers Rolf Herzberger, als Maurer und Lehrling auf die „Fischzucht“. Nach dem plötzlichen Tod Behles im September 1929 erwerben er und seine Frau den Betrieb, der mittlerweile den Namen „Forellengut“ führt, von dessen Erben. Herzberger ist es auch, der dem Forellengut im Jahr 1930 einen zunächst nur aus einer Gartenwirtschaft bestehenden Restaurationsbetrieb angliedert, um Absatzschwierigkeiten, die im Gefolge der Weltwirtschaftskrise eingetreten sind, auszugleichen. Neu gestaltete Gartenanlagen verleihen dem Gut, das mindestens seit den frühen 1930er Jahren über einen eigenen Telefonanschluss verfügt, ein freundliches Ambiente. Und so kehren hier viele Spaziergänger ein, um sich zu erfrischen und die Anlagen zu besichtigen. In einer Werbeanzeige aus dem Jahr 1933 preist das nur fünf Fußminuten vom Homburger Exerzierplatz entfernte

„Forellen-Gut Taunus“ seine Spezialitäten an, die da sind: „Lebende Forellen aus eigener Zucht in feinster Zubereitung, 1a Qualitätsweine, alles zu zeitgemäßen Preisen.“

Der Zweite Weltkrieg geht auch am Forellengut nicht spurlos vorüber. Am 26. August 1942 richtet der Abwurf einer Luftmine schwere Schäden sowohl am Restaurationsgebäude als auch im Bereich der Teiche an. Menschen kommen zum Glück nicht zu Schaden, doch fallen dem Bombardement etwa 30.000 Jungfische zum Opfer. Das Gasthaus war früher das ganze Jahr über täglich geöffnet. Heute erfolgt die Bewirtung nur noch an den Wochenenden und an Feiertagen.

Der heutige Besitzer Rolf Herzberger bewirtschaftet übrigens auch die Teiche im Bad Homburger Kurpark und im Schlosspark.

Am 1. Juli 1964 wird auf einem Teilbereich des 4,2 Hektar großen Areals des „Forellenguts“ ein Märchenwald eröffnet. Aufgestellt sind vor dem Hintergrund der natürlichen Waldkulisse eine Reihe von Häuschen und lebensgroße Märchenfiguren in typischen Märchensituationen, die auf Knopfdruck von einem automatischen Tonbandgerät erläutert werden. Die Besucherzahlen belaufen sich in den ersten vier Jahren auf beeindruckende 60.000 Gäste. Es scheint, als erfülle sich mit dem Märchenwald der Wunsch der damals noch selbständigen Gemeinde Oberstedten, „ein weit über die Grenzen des Obertaunuskreises bekanntes Ziel für den Fremdenverkehr zu werden“. Doch verliert die Attraktion seit Ende der 1960er Jahre zusehends an Zugkraft, die Besucherzahlen gehen auf jährlich etwa 8000-10.000 Personen zurück. Da die Anlage nur für zehn Jahre genehmigt ist, muss der Märchenwald nach einer nochmaligen Vertragsverlängerung am 01. Oktober 1975 geschlossen werden.

Forellengut, Ansichtskarte 1937

Forellengut, Ansichtskarte 1936

Forellengut obere Teiche, Ansichtskarte 1930er Jahre

Forellengut, Ansichtskarte 1956

Forellengut, Ansichtskarte 1960.

Forellengut, Ansichtskarte 1978

Forellengut Gaststube, Ansichtskarte 1933

Forellengut Gaststube, Ansichtskarte 1966

Der Obelisk auf dem Sangeberg

Ohne Vorkenntnisse ist die Bedeutung des unweit des Forellengutes stehenden Sandstein-Denkmals in Form eines Obelisken – wenn sie überhaupt jemals allgemein bekannt war – für den interessierten Betrachter praktisch nicht erkennbar. So sehr man auch sucht – an dem aus Wertheimer Sandstein errichteten Gedenkstein finden sich keine bildhaften Schmuckelemente wie Wappen oder Ornamente und erläuternde Inschriften sind ebenfalls nicht vorhanden. Um das Rätsel zu lösen, kommt man also nicht umhin, die einschlägige Literatur zu bemühen bzw. die Findbücher der Archive zu durchforsten.

Wie aus alten Unterlagen, die im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden aufbewahrt werden, hervorgeht, handelt es sich um ein unvollendet gebliebenes Denkmal für das Landgrafenpaar Friedrich V. Ludwig (reg. 1751-1820) und Caroline von Hessen-Homburg (1746-1821). Zum bevorstehenden 50jährigen Ehejubiläum seiner Eltern am 27. September 1818 hatte Erbprinz Friedrich Joseph, der spätere Landgraf Friedrich VI., dem Frankfurter Stadtbaumeister Johann Friedrich Christian Hess (1785-1845) den Auftrag erteilt, ein Denkmal zu entwerfen, das jedoch erst nach 1822 (vielleicht sogar erst um 1825) – die Feier der Goldenen Hochzeit war längst gehalten und das Landgrafenpaar mittlerweile auch schon verstorben – an dieser entlegenen Stelle (wohl einem Lieblingsplatz des Landgrafen oder seiner Eltern) aufgestellt werden konnte. Die Anregung für einen solchen Gedenkstein kam möglicherweise von Prinz Ludwig, der während einer Romreise im Jahr 1816 den dort aufgestellten ägyptischen Obelisken gesehen und Gefallen daran gefunden hatte. Weshalb das Denkmal unvollendet geblieben ist, kann bis heute nicht so recht erklärt werden.

In einem Schreiben von Hess an den Erbprinzen Friedrich vom 12. Januar 1819, das ebenfalls im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden zu finden ist, werden einige aufschlussreiche Details hinsichtlich der ins Auge gefassten Gestaltung des Obelisken genannt. So erfahren wir, dass die Höhe des Gedenksteins ohne Sockel und Stufen 70 Schuh (21 Meter) betragen sollte. Unterbau und Monument zusammen hätten es auf eine Gesamthöhe von 88 Schuh (26,40 Meter) gebracht. An allen vier Seiten des Würfels, auf dem der Obelisk ruht, war die Anbringung von sogenannten „Bas“- oder „Flachreliefs“ vorgesehen, die auf die Bedeutung des Steins Bezug nehmen sollten. Zum Schutz des Denkmals war darüber hinaus die Aufstellung von 12 „Abweissteinen“ geplant, die – durch Ketten verbunden – ein Betreten der Stufen verhindern sollten.

Die Lage des Denkmals weit abgelegen mitten im Wald führte regelmäßig zu Beschädigungen natürlicher wie mutwilliger Art. Einmal war es vom Sockel gestoßen und den Abhang hinabgerollt worden. Der Homburger Taunusbote empörte sich zu diesen Vorgängen unter dem 13. April 1929 wie folgt:

> „Der Obelisk am Sangeborn, westlich vom Krausbäumchen, ist von Bubenhänden umgestürzt worden. Hoffentlich gelingt es, diese Frevler zu erwischen, denen neben Anzeige bei der zuständigen Behörde zunächst eine gehörige Tracht Prügel als Strafe zu verabfolgen wäre.“

Die Bezeichnungen „Sangeberg“ und Sangewiesen“ leiten sich vermutlich von dem Begriff „absengen“ her, was so viel wie abbrennen bzw. roden zur Nutzbarmachung des an dieser Stelle fruchtbaren Bodens für Acker- oder Wiesenland bedeutet. Wer nun der führende Namengeber war, ob nun der Berg den Wiesen den Namen gab oder umgekehrt, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen und muss offen bleiben.

Ansichten des Obelisken auf dem Sangeberg, links 1905, rechts 1990

Stiftung / Kinderkrankenhaus / Reformhaus / Akademie

Unweit der Gemarkungsgrenze zur Kurstadt Bad Homburg – in der Nähe des Gotischen Hauses – befindet sich seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre die heutige „Reformhaus-Fachakademie“ bzw. „Akademie für gesundes Leben“. Die Einrichtung ist untergebracht auf dem Gelände eines ehemaligen Jüdischen Genesungsheimes, das im Mai 1938 unter tatkräftiger Mitwirkung Oberstedter Einwohner stark beschädigt und danach schnell geräumt und verkauft wird. Eine Hinweistafel erinnert seit 1990 an die Geschichte des Heims.

Das von der Frankfurter „Eduard und Adelheid Kann-Stiftung“ in den Jahren 1909/10 errichtete „Genesungsheim Oberstedten“ – so der alte Name – dient dem Zweck, arme Israeliten, welche sich nach einer Krankheit auf dem Wege der Genesung befinden, jedoch nach ärztlichem Ausspruch noch besonderer Pflege bedürfen, zu unterstützen. Diese Unterstützung soll nach dem Willen der Stiftung erfolgen durch die Aufnahme solcher Personen in ein aus Stiftungsmitteln in Frankfurt am Main oder in dessen nächster Umgebung zu errichtendes „Rekonvaleszentenheim“. Die Wahl fällt schließlich auf Oberstedten wegen der gesunden Lage in Waldnähe und wegen der guten Verbindungen mit den Nachbarorten [Straßenbahn am Gotischen Haus].

Die Einweihung findet am 15. September 1910 statt. Zur Feier des Tages versammeln sich die Angehörigen der Stifterin, die politischen Vertreter Homburgs und Oberstedtens sowie Vertreter der jüdischen Gemeinden Homburg und Frankfurt. Von September bis Dezember 1910 besuchen 14 Patienten das Heim, 1911 sind es 56. Von Mai 1916 bis Dezember 1918 steht das Genesungsheim dem „Reserve-Lazarett in Homburg v. d. H. zur Verpflegung erholungsbedürftiger Soldaten zur Verfügung.

Nach den erwähnten Übergriffen im Dritten Reich – schon 1935 sind Steine in die Fenster des Genesungsheimes geworfen worden – bleibt die Einrichtung ab Mitte Mai 1938 geschlossen. Im August 1939 übernimmt dann das Hospital zum Heiligen Geist in Frankfurt durch grundbuchrechtliche Eintragung das Genesungsheim Oberstedten als Eigentümer. Als das 1938 aufgelöste und seitdem „Deutsches-Rotes-Kreuz-Kinderkrankenhaus“ bezeichnete Clementine-Kinder-Hospital zum 1. Februar 1945 in das ehemalige Genesungsheim einzieht, ist das Haus bis 1954 durchschnittlich mit 60 bis 70 Kindern belegt. Es besitzt eine für die damalige Zeit sehr wichtige Tuberkulose-Station.

Aufgrund des Gesetzes Nr. 59 der Militärregierung melden die Kann-Stiftung und die Jewish Restitution Successor Organisation den Anspruch auf Rückerstattung der Liegenschaften in Oberstedten an. Das Hospital als Eigentümer stimmt der Rückübertragung zu, so dass der Verkauf des Anwesens an die „Stiftung Reformhaus-Fachschule“ erfolgen kann. Mit Hilfe dieses Verkaufserlöses nimmt die Eduard und Adelheid Kann-Stiftung 1968 ihre Tätigkeit wieder auf.

Am 27. Januar 1956 haben sich der Bundesverband Deutscher Reformhäuser (Frankfurt), die Neuform (Zweigniederlassung Bad Homburg) und die Förderungsgesellschaft der Reformwarenwirtschaft (Bad Homburg) eine Verfassung gegeben, auf deren Basis die „Stiftung Reformhaus-Fachschule“ gegründet wird. Die Schule soll der Berufs- und Gesundheitsbildung dienen. Der Altbau in Oberstedten

wird umgebaut und am 7. Januar 1957 kann die Einweihung der Reformhaus-Fachschule stattfinden. In den Jahren 1958 bis 1960 entstehen auf dem Gelände – längst wieder verschwundene – Neubauten für Unterrichts- und Verwaltungszwecke sowie Schlafräume für das Internat.

Ein ab 1972 an der Waldstraße erbautes Mehrzweckgebäude wird im November 1975 als „Haus der Neuform“ eingeweiht. Diese hat schon vor Jahren ihren Sitz nach Mecklenburg-Vorpommern verlegt, das Gebäude ist mittlerweile in ein Wohnhaus mit etlichen Eigentumswohnungen umgebaut worden.

Am 15. August 1974 wird die Fachschule mit Genehmigung des Darmstädter Regierungspräsidenten umbenannt in „Reformhaus-Fach-Akademie für gesunde Lebensführung, Ernährung und Diätetik“. Am 16. Juli 1977 erfolgt die Einweihung des Anbaus an das Neuform-Haus an der Waldstraße, unter dessen Dach ein Unterrichtsraum samt einem Muster-Reformhaus, ein Hallenbad sowie 38 Zimmer für die Unterbringung der Kurs- und Seminarteilnehmer Platz finden. Schließlich erstellt die Akademie in den Jahren 1991/92 einen Neubau nach baubiologischen Grundsätzen. Im Zuge dieser Bauarbeiten muss der 1960 eingeweihte Trakt niedergelegt werden.

Auch heute dient die 1992 in „Reformhaus-Fachakademie für gesundes Leben“ umbenannte Bildungsstätte sowohl der Berufsausbildung und Fortbildung als auch der allgemeinen Gesundheitsbildung. So führt sie unter anderem Seminare über Naturheilkunde, gesunde Ernährung und Ganzheitskosmetik durch.

Ehemalige jüdisches Genesungsheim, Ansichtskarten 1938

Reformhausfachschule, Ansichtskarte 1959

Reformhausfachschule, Ansichtskarte 1960

Reformhausfachschule, Ansichtskarte 1961

Reformhausfachakademie, Luftbild 2007

Oberstedten im August 2017
Andreas Mengel